

der Freitag Politik

Kirchentag 1988 | 08.03.2012 07:00 | Jana Hensel, Jakob Augstein

Pastor der Unfreiheit

Akten aus dem Archiv der DDR-Staatssicherheit zeigen, wie Joachim Gauck in Rostock einen „Kirchentag von unten“ verhindert hat



Es sind junge Menschen in Jeans und Lederjacken, Frauen in wehenden Kleidern, Punks mit Nagelketten, linke Skinheads und Langhaarige. Sie sitzen da „wie weiland die 68er-Generation in der Bundesrepublik, und wollen beweisen, dass sie mündig sind, dass sie keine Gängelei von oben mehr ertragen können, dass sie eigenverantwortlich handeln wollen und können.“

So beschrieb die Frankfurter Rundschau im Juni 1987 jene rund 600 Leute, die sich in der Friedrichshainer Pfingstgemeinde trafen, um am Rande des offiziellen Kirchentages der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg einen anderen, einen „Kirchentag von unten“, abzuhalten. Dieser Akt zivilen Ungehorsams machte das Christenfest in der Hauptstadt zu einem wichtigen Datum in der Verfallsgeschichte der DDR.

1988 nun, nur ein Jahr später, durfte sich ein solches Szenario auf dem Kirchentag der Protestanten in Rostock auf keinen Fall wiederholen. In Zeiten von Glasnost und Perestroika fürchtete die Staatsmacht der DDR nichts so sehr wie öffentliche Kundgebungen und Auftritte von oppositionellen Gruppen. Die Menschen, die auf eine Veränderung wie unter Michail Gorbatschow hofften, hätten das als ein Zeichen von Schwäche gedeutet.

So bekam Joachim Gauck als Vorsitzender des Kirchentagsausschusses der Landeskirche eine wichtige Aufgabe. Er sollte einen Kirchentag im Sinne der Kirchenleitung durchführen und dabei alle Konflikte mit dem SED-Regime vermeiden. Wie die Akten aus dem Archiv der Staatssicherheit, die dem Freitag vorliegen, belegen, hat er dabei maßgeblich eine erneute „Kirche von unten“-Veranstaltung verhindert.

Gauck, der vor drei Wochen seine zweite Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten bekanntgab, wurde in den vergangenen Wochen oft als Bürgerrechtler bezeichnet, obwohl er vor dem Herbst 1989 keiner oppositionellen Gruppierung angehörte. Die von der Staatssicherheit über seine Person angelegten Akten zeigen nun, wie er in der Vorbereitung des Kirchentages dem Druck staatlicher Stellen nachgegeben und dadurch die Arbeit von Dissidenten wie Heiko Lietz erheblich behindert hat. „Ich bin während des Kirchentages in meinen Möglichkeiten, mich zu entfalten, massiv eingeschränkt worden“, sagt Lietz dem Freitag, nachdem er zum ersten Mal Einblick in die betreffenden Aktennotizen genommen hat.

In einem IM-Bericht vom 2. November 1987 heißt es: „Zum Kirchentag 1988 in Rostock sagte Gauck eindeutig, dass ‚wir‘ keinen sogenannten Kirchentag von unten haben wollen und es in Rostock nicht zu solchen Ausschreitungen wie in Berlin kommen wird. Der gesamte Kirchentag ist ein Kirchentag von unten, aber Missbrauchshandlungen läßt er nicht zu ... Rostock ist nicht Berlin – Gäste haben sich zu fügen und einzuordnen.“

Rostock ist nicht Berlin

Die staatlichen Behörden hatten schon früh Kontakt zu dem ehemaligen Stadtjugendpfarrer aufgenommen. Im Rahmen eines bereits im April 1983 begonnenen „operativen Vorganges“ (OV), in dem Gauck der Name „Larve“ gegeben wurde, kam es immer wieder zu sogenannten Informationsgesprächen zwischen Mitarbeitern der Staatssicherheit und Joachim Gauck. Ein OV diente eigentlich dem Zweck der „Feindbearbeitung“; mithilfe dieser Maßnahme sollten strafrechtlich relevante Informationen zusammengetragen und eine mögliche Verhaftung vorbereitet werden.

Von 1974 bis zum Ende der DDR wurde Joachim Gauck von hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern (IM) der Staatssicherheit aufs Schärfste überwacht. In seinem Erinnerungsbuch Winter im Sommer – Frühling im Herbst aus dem Jahr 2009 schreibt er, dass ein Dutzend IM über ihn berichtet haben, sein Telefon abgehört und die Post geöffnet wurde, dass zeitweilig Wanzen in der Wohnung eingebaut waren und heimlich Wohnungsdurchsuchungen stattgefunden hatten.

Joachim Gauck und Heiko Lietz kennen sich bereits aus Schulzeiten. Beide haben diesselbe Oberschule in Rostock besucht, später dort gemeinsam Theologie studiert. Enge Freunde waren sie nicht, trotzdem haben sie sich bis zum Jahr 1990, als Gauck nach Berlin zog, nie aus den Augen verloren. Lietz, der 1943 geboren wurde und drei Jahre jünger ist als Gauck, war bereits 1981 aus dem Kirchendienst entlassen worden. Er gehörte neben Hans-Jochen Tschiche und anderen zu den Gründern des DDR-weiten Netzwerkes der Friedensgruppen, Frieden konkret.

Die Mitarbeit an den Vorbereitungen zum Kirchentag wird Lietz anfänglich verweigert. Den bekanntesten Dissidenten Mecklenburgs kann man nicht gebrauchen. In einem Zwischenbericht vom 26. August 1987 heißt es: „Zur inhaltlichen Vorbereitung wurden bereits Arbeits- und Themengruppen

gebildet. Hierbei ist erkennbar, dass „Larve“ an keinen Themen interessiert ist, die sich offen gegen die staatlichen Verhältnisse in der DDR richten. Aus diesem Grund hat er den Lietz, Heiko ... anfangs nicht mit in den Vorbereitungskurs für den Kirchentag 1988 einbezogen. Erst auf Drängen von Lietz wurde dieser nachträglich in eine Themengruppe integriert und als Themenleiter eingesetzt.“

Nun sind solche Akteneinträge der Staatssicherheit keine objektiven Tatsachenberichte; es lag stets im Interesse der Stasi-Mitarbeiter, ihre Berichte im Sinne der Vorgaben zu verfassen. Dennoch sagt Heiko Lietz zu diesem Eintrag: „So war es. Ich habe sehr genau gemerkt, dass ich von der Kirchentagsleitung ausgebremst wurde. Ich wurde als Vorsitzender der landeskirchlichen Arbeitsgruppe für konziliare Prozesse nicht in den Vorbereitungskurs eingeladen.“

Wenige Tage vor dem Kirchentag wurde Lietz dann als Leiter dieser Arbeitsgruppe abberufen und durch den staatsnahen Pfarrer Dietmar Prophet ersetzt. Prophet wurde nach dem Mauerfall als IM enttarnt. Lietz erinnert sich: „Wir hatten nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten, auf dem Kirchentag aktiv zu werden.“

Eine vertane Chance

Heiko Lietz nennt den Rostocker Kirchentag im Nachhinein eine „vertane Chance“, aber fügt gleichzeitig einschränkend hinzu: „Ich hatte auch nie die Erwartung, dass Jochen Gauck jemand ist, mit dem ich mich gemeinsam auf den konfliktreichen Weg in eine bessere Gesellschaft machen kann.“ Fragen nach gesellschaftlichen Veränderungen konnten in Rostock kaum thematisiert werden: „Was nützten Umweltgruppen, wenn sie keine verlässlichen Daten über die wirklichen Zustände im Land erhielten? Was nützten Menschenrechtsgruppen, wenn sie nicht ins Ausland reisen konnten? Was nützten Friedensgruppen, wenn junge Menschen in der DDR den Wehrdienst nicht verweigern konnten?“

In einer Aktennotiz der Geheimpolizei über ein Vorbereitungstreffen vom 9. Mai 1988 heißt es: „Wörtlich äußerte Gauck: ‚Der Kirchentag 1988 ist zum Feiern da und nicht zum Demonstrieren!‘“ Die staatlichen Behörden jedenfalls waren mit der Art, wie Joachim Gauck den Kirchentag organisierte, zufrieden. In einer Tonbandabschrift vom 27. Juli 1988 ist vermerkt, „... immer wieder bekräftigt Gauck, dass er mit dem Herrn Lietz nichts gemein habe, dass er schon mehrere Gespräche mit Herrn Lietz geführt hat, dass dieser Mann keine Chancen hat, ein Kirchentag von Unten zu organisieren... Im Nachhinein lässt sich eindeutig aussagen, dass die Versprechen, die Gauck gegeben hat, auch von Herrn Gauck verwirklicht wurden.“

Joachim Gauck selbst wollte sich zu diesen Vorgängen gegenüber dem Freitag nicht äußern. In seinen nach dem Mauerfall verfassten Erinnerungen allerdings schreibt er über den Kirchentag: „Wir forderten einen Dialog ohne Beschränkung. Wir wollten die SED zwingen, sich zu unseren friedenspolitischen und zu unseren Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsthemen zu äußern... Doch es kam zu keinem Dialog.“

Den Ost-Berliner „Kirchentag von unten“ von 1987 bezeichnet er fast 20 Jahre später als eine „innerkirchliche Spaltung“, die er „auf jeden Fall verhindern“ wollte. Deshalb habe man sich entschieden, „weder Themen noch Teilnehmer auszuschließen... Und so wurden selbst Ausreiser und Oppositionelle... in den Kirchentag integriert.“

In den Akten der Staatssicherheit liest sich das allerdings ganz anders. Demnach wandte Gauck sich damals „gegen die Ausnutzung des Kirchentages durch Übersiedlungersuchende und forderte auf, solche Personen zur Abstandnahme möglicher geplanter bzw. spontaner demonstrativer Handlungen zu bewegen.“ Nachträglich erscheint es so, als habe Joachim Gauck 1988 versucht, es allen Seiten recht zu machen. „Er hat mir keinen klaren Wein eingeschenkt“, bedauert Heiko Lietz heute.

Einerseits sorgt er für einen reibungslosen Ablauf des Kirchentages ganz im Sinne des Staates, in seiner Predigt auf der Abschlussfeier fand er andererseits zum Thema Reisefreiheit klare Worte: „Wir werden bleiben wollen, wenn wir gehen dürfen.“

Aber es wird noch bis zum Herbst 1989 dauern, bis Joachim Gauck den Mut hat, auch in einer größeren Öffentlichkeit seine Stimme gegen jenen sozialistischen Staat zu erheben, den er in seinem Innern so verabscheut hat. In der Rostocker Marienkirche formuliert er seine Träume: „Ich gehe zur Arbeit und kann sagen, was wahr ist. Ich sitze in der Kneipe, rede, schimpfe und lache und sehe mich nicht um nach der ‚Firma‘. Ich betrete Chefetagen und Ämter der Volkspolizei und werde behandelt wie ein mündiger Bürger.“ Für diese Träume allerdings haben andere gekämpft, nämlich Menschen wie Heiko Lietz.

der Freitag Artikel-URL: <http://www.freitag.de/politik/1210-der-staatsdiener>